

(Cansu Özdemir)

Deshalb schlage ich vor, unseren Antrag anzunehmen oder zu überweisen, denn wir möchten darüber sprechen.

(Dr. Roland Heintze CDU: Nee!)

Es ist ein Problem in dieser Stadt. Und mit der Linie, die der Senat jetzt verfolgt, werden wir diese Probleme nicht lösen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/9573 federführend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit, und Integration sowie mitberatend an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Die Fraktionen der GRÜNEN und der FDP haben hierzu eine ziffernweise Abstimmung beantragt.

Wer möchte zunächst die Ziffern 1 und 2 des Antrags der Fraktion DIE LINKE annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das abgelehnt.

Wer möchte der Ziffer 3 folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

Wer möchte dann noch den Ziffern 4 bis 8 seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 44 auf, Drucksache 20/9570, Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit, und Integration: Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Hamburg, Landesaktionsplan.

**[Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration über die Drucksache 20/6337: Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Konvention) in Hamburg
Landesaktionsplan
(Senatsmitteilung)
– Drs 20/9570 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/9678 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

[Antrag der CDU-Fraktion:

**Finanzierung und Konkretisierung der Maßnahmen im Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
– Drs 20/9678 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Frau Jäck, Sie haben es.

Regina-Elisabeth Jäck SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle erinnern uns gern an den 18. Dezember letzten Jahres. Der 18. Dezember war ein guter Tag für Menschen mit Behinderung in Hamburg. Warum? Der Hamburger Senat hatte den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung verabschiedet.

(Beifall bei der SPD)

Bei der UN-Konvention handelt es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, an den sich 122 Staaten binden. Dieser Vertrag soll bereits bestehende Menschenrechte gleichberechtigt für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung konkretisieren. Das Ziel ist die soziale Inklusion. Mit dem Landesaktionsplan wurde ein Instrument zur Umsetzung der UN-Konvention geschaffen.

Die Umsetzung ist ein auf Dauer angelegter Prozess. Unter der Federführung der BASFI mit Beteiligung der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen haben Behörden, Senatsämter und Senatskanzlei ihre Beiträge für den Aktionsplan erarbeitet. Beteiligt waren die Bezirke und eine breite Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung. Somit mussten keine zusätzlichen Gremien geschaffen werden, vorhandene Strukturen und bewährte Formen der Zusammenarbeit konnten genutzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Von besonderer Bedeutung war die Zusammenarbeit mit dem Landesbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen. Der Landesbeirat hat ergänzend zu den Beiträgen Stellungnahmen und eigene Vorschläge erarbeitet. Durch diese Form der Partizipation ist mit dem Landesaktionsplan ein effektives Arbeitsprogramm entwickelt worden, das uns Schritt für Schritt einer inklusiven Gesellschaft näherbringen wird; da sind wir uns sicher.

(Beifall bei der SPD)

Wichtige Handlungsfelder werden beschrieben: Bildung, Arbeit und Beschäftigung, Stadtentwicklung, Gesundheit, Bewusstseinsbildung, Zugänglichkeit und Barrierefreiheit. Diesen Landesaktionsplan überwies die Bürgerschaft am 24. Januar 2013 auf Antrag der SPD-Fraktion zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration. Auf Beschluss des Ausschusses erfolgte am 6. Juni 2013 eine öffentliche Anhörung. Damit hat der Ausschuss dem Grundsatz von Partizipation

(Regina-Elisabeth Jäck)

Rechnung getragen, der bei der Entwicklung des Landesaktionsplans bereits von besonderer Bedeutung war. Die zahlreiche Teilnahme und das Engagement in den Redebeiträgen in der öffentlichen Anhörung zeigen deutlich das große Interesse der Bürgerinnen und Bürger, den Prozess mit zu gestalten. Und auch heute sehe ich Gäste, die ich bei der öffentlichen Anhörung ebenfalls gesehen habe.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der Zuhörerbühne – Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Ich bitte in den Zuschauerreihen um Ruhe. – Bitte fahren Sie fort, Frau Jäck.

Regina-Elisabeth Jäck SPD (fortfahrend): Über die rege Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an diesem Gestaltungsprozess haben meine Fraktion und ich sich sehr gefreut. Es gab viele Hinweise, viele Anregungen und Verbesserungsvorschläge, und dafür möchten wir noch im Nachhinein allen Beteiligten unseren herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Hinweise und Anregungen zum Landesaktionsplan wurden in den Ausschusssitzungen am 13. August und 6. September 2013 beraten. Uns liegt nun die Drucksache 20/9570 mit der Ausschussempfehlung vor, die Drucksache 20/6337 Landesaktionsplan zur Kenntnis zu nehmen und das Ersuchen an den Senat zu beschließen.

In dem Ersuchen handelt es sich um Hinweise und Verbesserungsvorschläge aus der öffentlichen Anhörung zum Landesaktionsplan, die von allen Fraktionen aufgegriffen und die in einem Zusatzantrag der SPD-Fraktion zusammengefasst wurden, um im Rahmen der Fortschreibung des Controllings des Landesaktionsplans Berücksichtigung zu finden, wie: Vorgabe von Ziel- und Kennzahlen bei quantifizierbaren Maßnahmen, Einsatz bei der Beseitigung der Schnittstellenproblematik im Rahmen der Beratungen zu einem Bundesleistungsgesetz; Einsatz bei der Barrierefreiheit im Kommunikationsbereich; Entwicklung von Maßnahmen für ältere Menschen mit Behinderung; Verbesserung der medizinisch-diagnostischen Versorgung für schwer mehrfach behinderte Menschen und auch für psychisch erkrankte Menschen; Prüfung der Berücksichtigung der Gebärdensprache bei der Frühförderung von Kindern im Alter von null bis sechs Jahren; Berücksichtigung von Menschen mit psychischer Behinderung bei allen Maßnahmen im Landesaktionsplan; Einbeziehung der Bereiche Kultur und Sport. Mit einem Antrag zum Sport, nämlich Mittelbereitstellung für die Sporthalle an der Bugenhagen-Schule, werden wir uns heute befassen. Ein Bericht an den zuständigen Ausschuss über den Stand der Umsetzung soll anlässlich der Beratung des nächsten Berichts der Senatskoordi-

natorin für die Gleichstellung behinderter Menschen erfolgen.

In diesem Prozess ist uns allen klargeworden, dass wir uns auf einem langen Weg befinden. Unser Ziel ist es, die soziale Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen als gesellschaftliche Aufgabe zu verwirklichen. Vor genau diesem Hintergrund wird die SPD-Fraktion in Hamburg diese Aufgaben politisch weiter wahrnehmen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und für uns alle.

(Beifall bei der SPD)

Der Landesaktionsplan ist unser Arbeitsmittel, er ist die Grundlage, um das Ziel der Inklusion erreichen zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren! Folgen Sie daher den Empfehlungen des Sozialausschusses. Den CDU-Antrag lehnen wir ab mit dem Hinweis auf die von mir geschilderten, intensiven und ausführlichen Beratungen, die im Ausschuss geführt wurden. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Dr. Föcking, Sie haben das Wort.

Dr. Friederike Föcking CDU: Ich dachte schon, ich würde vor leeren Senatsbänken sprechen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute zum wiederholten Mal den Landesaktionsplan debattieren, dann tun wir das sicher nicht, weil es ein heißes Streitthema wäre. Wir können mit dieser Debatte dafür sorgen, dass das Thema im öffentlichen Bewusstsein bleibt und nicht nur abgehakt in den Drucksachenschubladen verschwindet. Dazu will die CDU-Fraktion gern und nachdrücklich beitragen.

(Beifall bei der CDU – *Ksenija Bekeris* SPD: Das finden wir gut!)

Hier geht es nämlich nicht um ein Thema für Spezialisten, auch wenn es manchmal so scheint, oder um sogenannte Randgruppen. Inklusion oder besser noch Teilhabe von Menschen mit Behinderung, das hat jetzt wohl jeder und jede verstanden, geht uns alle an.

(Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Frau Föcking, entschuldigen Sie bitte. Dürfte ich bitten, die Murmelgruppen an den Wänden des Plenarsaals aufzulösen?

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Murmelgruppen?)

Frau Föcking, fahren Sie bitte fort.